

**Geschäftsführung
Ausschuss für Soziales, Gesundheit
und Familie**

Es informiert Sie	Anita Kretschmer
Telefon (0202)	563 2224
Fax (0202)	563 8015
E-Mail	anita.kretschmer@stadt.wuppertal.de
Datum	10.03.06

Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Familie (SI/4390/06) am 09.02.2006

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Arnold Norkowsky

von der CDU-Fraktion

Herr Horst Hombrecher, Herr Johannes Huhn, Herr Egon Friedrich Köhler, Herr Jürgen Limbach, Frau Gisela Schlüter

von der SPD-Fraktion

Frau Christine Behle , Frau Helga Güster , Herr Andreas Mucke , Frau Christa Stuhldreier

von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Gabriele Mahnert

von der FDP-Fraktion

Frau Brigitte-Marcella Panetta-Jung

von der WfW-Fraktion

Herr Stefan Teichler

berat. Mitglied § 58 I S. 7 GO NRW

Herr Peter Schankowitz

berat. Mitglied § 58 I S. 11 GO NRW

Frau Christa Aulenbacher ,

als sachkundige Einwohner/in

Herr Reinhard Fliege, Herr Dr. Martin Hamburger, Herr Ulrich Ippendorf, Herr Thomas Isenberg

von der Verwaltung

Herr Dr. Stefan Kühn, Herr Dr. Joerg Rieger , Herr Uwe Temme ,

Gäste

Herr Schriewer, Frau Dyck, Herr Marentz, Herr Thomas Lenz

Schriftführerin

Frau Anita Kretschmer ,

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:45 Uhr

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Tagesordnung fristgerecht zugegangen ist. Zu TOP 2.2 liegt eine Anlage zu Drs. VO/0037/06/1-A aus. Außerdem liegt aus der Antrag der Linkspartei.PDS Ratsfraktion vom 09.03.06 zum Übergang vom ALG II- Bezug in den Rentenbezug bzw. in Beschäftigung.

Herr Schankowitz erklärt, dass der Antrag für diese Sitzung als eingebracht gelten soll. (Die dort gestellten Fragen sind schriftlich zur Beiratssitzung der ARGE am 21.02.06 beantwortet worden. Der Auftrag ist damit erledigt.)

I. Öffentlicher Teil

1 **Drogenberatung im Justizvollzug, mündlicher Bericht** **Gäste: Herr Schriewer (Leiter der JVA Wuppertal), Frau Dyck und Herr Marentz (Beratungsstelle für Drogenprobleme e.V.)**

(Sitzungsunterbrechung 16.10-16.55 Uhr.)

Der Vorsitzende begrüßt als Gäste Herrn Schriewer, den stellvertretenden Leiter der JVA, sowie Frau Dyck und Herrn Marentz von der Beratungsstelle für Drogenprobleme e.V.

Herr Schriewer präsentiert Zahlen zu den Gefangenen insgesamt, zu den drogenabhängigen Inhaftierten und zur Drogenberatungen in NRW. In Wuppertal beträgt die Quote der drogenabhängigen Inhaftierten wegen der kurzen Haftdauer 2/3, statt im allgemeinen Durchschnitt 1/3. Es sind 4 Drogenberater im Einsatz, 2 Berater der Drogenberatung und zwei Justizvollzugsbeschäftigte. Eine externe Stelle ist nun durch die zu erwartende Kürzung der Landesmittel bedroht, obwohl sie dringend benötigt wird.

Frau Dyck und Herr Marentz berichten über die Arbeit der Drogenberatung. Die drei Gäste erklären übereinstimmend, dass die Drogenberatung letztendlich Haftkosten in nicht unerheblichen Ausmaß einspart.

Es werden Fragen beantwortet. Zum Thema Spritzenvergabe in der JVA gibt es keinen neuen Sachstand.

2 **Auswirkungen des Landeshaushalts**

2.1 **Auswirkungen der geplanten finanziellen Kürzungen der Landesregierung, Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** **Vorlage: VO/0037/06**

2.2 **Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.01.2006** **Vorlage: VO/0037/06/1-A**

Entgegennahme ohne Beschluss.

Die Fragen zu den Auswirkungen der geplanten Kürzungen im Bereich der Familien- und Altenhilfe sind durch die Vorlage VO/0037/06/1-A und die ausgelegte Anlage beantwortet.

Dr. Rieger erklärt, dass im Bereich der Zuschüsse für Krankenhäuser bei den bettenabhängigen Zuschüssen mit der Reduzierung der Leistungen pro Bett zu rechnen ist. Möglicherweise ist daher mit Einschnitten in der Qualität der Leistungen der Krankenhäuser zu rechnen.

3 **Kennzahlen der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II** **Vorlage: VO/0121/06**

Entgegennahme ohne Beschluss.

4 Sachstandsbericht über die Arbeit des "Mobilen Fallmanagements" in der ARGE- mündlicher Bericht

Herr Lenz berichtet über die Arbeit des externen Fallmanagements, das Mitte Oktober gestartet ist mit dem Ziel der Heranführung bisher nicht erreichter Kundinnen und Kunden zum Fallmanager. Derzeit sind 4 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Einsatz.

Bis Dezember wurden 285 Kundinnen und Kunden an das Mobile Fallmanagement abgegeben. In 66 Fällen konnte die Situation direkt über den Hausbesuch geklärt werden. 119 weitere Kundinnen und Kunden haben angebotene Termine wahrgenommen, 100 Personen nicht. Bei 166 Personen ist die Hilfe aus unterschiedlichen Gründen eingestellt worden (kein Leistungsanspruch mehr, z.B. durch Arbeitsaufnahme, nicht erfolgte Abmeldung beim Umzug, Verweigerung der Mitwirkung). 119 Personen wurden in das Hilfesystem aufgenommen.

Die Methode hat sich bewährt und soll fortgesetzt werden.

**5 Runder Tisch, Antrag der CDU- Fraktion vom 27.01.06
Vorlage: VO/0120/06**

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Familie vom 09.02.2006:

Die Verwaltung wird gebeten, einen „Runden Tisch“ mit Vertretern des BdV Bund der Vertriebenen, Kreisverband Wuppertal, einzurichten.

Am „Runden Tisch“ des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Familie nehmen der Vorsitzende, der stellv. Vorsitzende und je ein Mitglied der Fraktionen teil. Für den BdV nehmen bis zu 6 Vertreterinnen und Vertreter teil.

Einstimmigkeit.

6 Bericht aus dem Behindertenbeirat- mündlicher Bericht-

Wegen Abwesenheit von Herrn Engels fällt der Bericht aus.

7 Bericht aus dem Seniorenbeirat- mündlicher Bericht-

Stv. Huhn informiert über den Termin am 21.2., an dem sich die Seniorenbeiräte der Städte des Bergischen Dreiecks zum Runden Tisch treffen, um sich auszutauschen und über gemeinsame Projekte zu beraten.

8 Mitteilungen der Verwaltung

Keine Wortmeldungen.

9 Verschiedenes

Der Vorsitzende macht auf die Einladung zur Ausstellungseröffnung, die der Tagesordnung zur Sitzung beigefügt ist, aufmerksam.

Auf Nachfrage von Herrn Schankowitz erklärt Beig. Dr. Kühn, die Anfrage der PDS zu den Fällen, in denen die WSW arbeitslosen Menschen in der Stadt den Strom abgeschaltet haben, werde in der Ratssitzung beantwortet. Bisher hätten sich 130 Betroffene an die Stadt gewandt, aber nur wenigen habe man über SGB XII helfen können. Über Lösungsmöglichkeiten in solchen Problemfällen werde der Oberbürgermeister im März Gespräche mit den WSW führen.